

Der Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei
Der Chef der Sicherheitspolizei
Und des SD
Amt III

Berlin SW 68, den 18. März 1940

Wilhelmstraße 102
Ruf 120038

MELDUNGEN AUS DEM REICH

I. Allgemeines.

Die Gerüchte und Gespräche über eine baldigen Friedensschluß noch vor dem Ausbruch größerer Kampfhandlungen mehren sich nach den nunmehr aus allen Teilen des Reiches gleichlautend eintreffenden Meldungen in immer größerem Umfange. Den Anlaß zu diesen Friedenshoffnungen gab vor allem die rege diplomatische Tätigkeit in den letzten 14 Tagen, insbesondere die Europa-Reise des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles, der Besuch von Ribbentrop's in Rom und der russisch-finnische Friedensschluß. Demgegenüber werden Leitartikel der Presse, in denen die Notwendigkeit einer militärischen Entscheidung betont wird, und auch Ausführungen von Rednern der Partei, dass das Volk den Kampf gegebenenfalls mehrere Jahre aushalten müsse, verhältnismäßig wenig beachtet.

Die feindliche Flugzettelpropaganda wendet sich in steigendem Maße den Tschechen und Polen zu. In der Umgebung von Prag und im Moldau- und Elbtal innerhalb des Protektorats wurden Flugzettel in tschechischer Sprache gefunden mit der Überschrift:

„Letecky Zpravodaj“ („Flugnachrichtengeber“) – Jahr I Nr. 1 -).

In verschiedenen Bezirken Ostpreußens und im Gau Wartheland in der Nähe der Ortschaften Justinow und Galkow wurden Flugzettel in polnischer Sprache mit folgendem Text aufgefunden:

„Englische Botschaft an die Polen!

Polen! Wir englischen Flieger bringen Euch folgenden Aufruf:

Ihr seid nicht vergessen. Eure Verbündeten wissen von Eurem Leiden und davon, dass Euer Geist ungebrochen ist. Lange dauert es nicht mehr, und es kommt der Tag, wo Ihr an dem Wiederaufbau Eures Vaterlandes beginnen werdet. Eure britischen und französischen Verbündeten sind entschlossen in ihrem Willen, die Unabhängigkeit des polnischen Volkes wieder herzustellen und Polen gleichberechtigten Staaten Europas einnehmen zu lassen. Die polnische Regierung existiert und regiert augenblicklich im Lande Eurer Verbündeten. Wir sind mit Euch bemüht, hauptsächlich die polnischen Verteidigungskräfte aufzubauen, und zwar unter Leitung des Regierungschefs, General Wladislaus Sikorski.

Die polnische Armee ist in Frankreich formiert. Die polnische Flotte ist in die brüderliche englische Flotte eingegliedert. Die polnische Luftwaffe bereitet ihre Aufstellung in Frankreich und England vor. Die polnischen wehrfähigen Kräfte wachsen von Tag zu Tag und von allen Seiten. Aus Amerika, aus allen Teilen der Welt eilen die Polen herbei, um sich in ihrer patriotischen Begeisterung einzureichen.

Wenn die geeignete Stunde schlägt, kommen die gerüsteten polnische Kräfte nach Polen und bringen Euch die Erlösung von den Fesseln der Angreifer. Großbritannien und Frankreich und Polen kämpfen gemeinsam gegen die barbarische Tyrannei und für die Verteidigung der Freiheit und Gerechtigkeit.

Unsere Kräfte wachsen von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde, und unser Sieg ist ohne allen Zweifel.

Eure Unterdrücker haben nicht den Mut, die Wahrheit zu sagen, und wir bringen sie Euch aus dem weit entfernten London. Wir wissen, wie Ihr leidet, moralisch und physisch, haltet aus! Seid energisch, unbeugsam, geduldig bis der Tag der Freiheit kommt.

Wir sind über Eurem Land das erst Mal, aber nicht das letzte Mal! Wir kommen öfter, ebenso wie wir Prag und Wien besuche. Denkt daran, dass Polen noch nicht verloren ist!“

II. Gegner.

In der letzten Zeit ist es aufgefallen, daß von Seiten katholischer Geistlicher mehrfach versucht wird, unter Ausnutzung der Kriegslage, sich wieder Tätigkeitsgebieten zu widmen, auf denen der kath. Kirche durch gesetzliche Anordnungen ausdrücklich jedes Wirken untersagt ist, wobei eine bewusste staatsfeindliche Tendenz vielfach ziemlich offen hervortritt. Besonders werden in der Jugendarbeit jetzt verschiedentlich unter Ausnutzung der Tatsache, daß zahlreiche HJ.-Führer zur Wehrmacht eingezogen sind, die Grenzen der erlaubten Betätigung überschritten.

So wurde z.B. anlässlich eine „Einkehrtages“ in Hoheneichen im Anschluß an Erörterungen über Jugenderziehung der Gedanke propagiert, sogen. „Elitetruppen“ heranzubilden, um dadurch die katholische Jugendbewegung vorwärtszutreiben. Dazu wurde betont, dass diese Arbeit nicht in den Fehler einer reaktionären Haltung verfallen dürfte, sondern bewusst national betrieben werden müßte. Nationalsozialismus und Katholizismus wären durchaus miteinander vereinbar, wenn man den „Rosenberg'schen Nationalsozialismus“ ausschaltete. Es musste versucht werden, HJ.-Führer, auch nicht-katholische, zu Aussprachekreisen heranzuziehen, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sich zu gegenseitiger Achtung zu erziehen.

In Herzogenaurach (Landkreis Neustadt a.d.Aisch) versuchten kath. Geistliche, für den Besuch der Exerzitien durch reichhaltige Versorgung mit markenfreien Lebensmitteln zu werben.

III. Kulturelle Gebiete.

Zur Frage der Schulentlassungsfeiern und der „Verpflichtung der HJ“.

Mehreren Meldungen zufolge wird die Form der Schulentlassung wie sie in diese Jahr durchgeführt werden soll, in den Lehrerkreisen mit einiger Besorgnis besprochen. In den letzten Jahren hätten sich die Partei und ihre Gliederungen in verschiedenartigster Form um eine feierliche Gestaltung der Schulentlassung bemüht. Für die Zukunft ordnete nun eine Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 5.2.1940 an, dass künftig derartige Feiern mit den Überweisungsfeiern der HJ als „Verpflichtung der HJ“ zusammenzulegen seien, während die eigentliche Schulentlassungsfeiern auf den Kreis der Schule zu beschränken seien und ohne Beteiligung der Partei und ihrer Gliederungen verlaufen sollen. In den Lehrerkreisen werde durchaus verstanden, dass von Seiten der Partei eine entsprechend würdige Jugendfeier geschaffen werde und die „Verpflichtung der HJ“ der Anfang für die Ausformung eines solchen Festes sein solle. Nicht verstanden aber wird die Tatsache, dass durch diese Planung nun praktisch die Schule dadurch eine schwere Einbusse erleide, dass sich die Partei von den Schulentlassungsfeiern zurückziehe. Die Schulentlassungsfeier war namentlich auf dem Lande sehr oft eine Gemeinschaftsfeier, an der die Eltern, der Bürgermeister, der Ortsgruppenleiter usw. teilgenommen haben. Wenn heute aus einer Gemeinschaftsfeier des Dorfes die Partei herausgezogen werde, bringe dies grosses politisches Aufsehen und entsprechende Nachwirkungen mit sich. Es wird verschiedentlich angeregt, dass die Schulentlassungsfeiern örtlich so durchgeführt werden sollen, wie dies bisher der Fall war, wodurch keineswegs eine feierliche „Verpflichtung der HJ“ beeinträchtigt zu werden brauche.

Beanstandungen der Bezieherwerbung für Presseorgane.

Aus den zurückgewonnenen Ostgebieten laufen erneut Meldungen ein, dass die Methoden der Bezieherwerbung für Zeitungen und Zeitschriften das Missfallen der Volksdeutschen auslösen. Die volksdeutsche Bevölkerung würde damit unter Druck gesetzt, dass die Werber die Ablehnung des Bezuges ihrer Zeitung oder ihrer Zeitschriften als den Beweis einer unnationalsozialistischen Haltung und Handlung hinstellen. Nach Mitteilungen aus Kattowitz seien dort Zeitungswerber verschiedentlich so unnachgiebig aufgetreten, dass es zu erregten Szenen und Tötlichkeiten (in Bielitz) gekommen sei. In Teschen wird der Vorfall besprochen, dass ein Bezieherwerber des „Stürmers“ den Betriebsführer eines grösseren Unternehmens aufgefordert habe, für den Betrieb 1000 Exemplare des „Stürmers“ laufend zu bestellen und unter den Angestellten und Arbeitern zu verteilen. Der Werber habe sich auch dann noch nicht abweisen lassen, als man ihm klargemacht habe, dass über 90 % der Gefolgschaftsmitglieder weder deutsch lesen noch schreiben könne. – Auch aus Tirol laufen Meldungen ein, dass in Kreisen der Vorarlberger Bevölkerung, insbesondere unter den Parteiengenossen, die Art der Werbung für die Wochenzeitung „Landbote“ Unwillen hervorgerufen habe. Auch hier wurde durch die Werber der Bevölkerung vorgehalten, dass die Zeitung „Landbote“ der behördlich vorgeschriebene und erwünschte Ersatz für die eingegangenen „Vorarlberger Gemeindeblätter“ sei, obwohl eine derartige behördliche Stellungnahme von keiner Seite vorlag. – Besonderes Aufsehen erregte die Werbemethode eines Bezieherwerbers aus Heilbronn für den „Völkischen

Beobachter“ und „I.B.“. Er erklärte den Hausfrauen, dass der Bezug dieser Zeitungen Pflicht sei und dass bei dessen Ablehnung ihre Männer zum Heeresdienst eingezogen würden. In Recklinghausen gab er weiter an, er arbeite „für die alten Kämpfer“, die „verhungern müssten, wenn sich alle Leute, die er besuche, so verhielten wie die Recklinghausener“.

Zur Lage der Volksdeutschen in Ungarn.

Volksdeutsche aus Ungarn berichten, dass die Haltung der amtlichen ungarischen Stellen der deutschen Volksgruppe gegenüber nach aussen hin zur Zeit etwas entgegenkommender sei. Bei genauerem Zusehen und in den Szenen des täglichen Lebens zeige sich jedoch nach wie vor die Kampfstellung der Madjaren gegen die Deutschen. Besonders in den katholischen Schulen komme diese Gehässigkeit volksdeutschen Kinder gegenüber stark zum Ausdruck. In Bataszek und in Bonyhad und Umgebung wird beispielsweise zur Zeit ein Spottgedicht „Die Zeiten ändern sich“ in tausend von Exemplaren verbreitet, das von dem katholischen Kaplan Feuerbach aus Bonyhad, einem ehemaligen Volksdeutschen, der bereits während der Landtagwahlen 1939 ähnliche Spottverse gegen die deutschen Volksgruppenführer dichtet, verbreitet. Im ersten Teil des Spottgedichtes wird die deutsche Volksgruppenbewegung ihrer positiven Einstellung zu Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus lächerlich gemacht. Im zweiten Teil werden die Ungarn umlaufenden Gerüchte einer Umsiedlung der Volksdeutschen aufgegriffen und lächerlich gemacht. Die deutsche Volksgruppenführung unter Leitung von Dr. Basch legt dem entgegengesetzt ein Haltung an den Tag um jede Störung zwischen Deutschland und Ungarn, die angesichts der weltpolitischen Gesamtlage in irgendeiner Form belasten könnte, zu vermeiden. Sie hat deswegen ihre Arbeit mehr auf das Land verlegt, um durch Dorfabende usw. einen engeren Zusammenschluss der Volksdeutschen zu erzielen. Madjarische Stellen haben aber ihrerseits dies Kurtreten der deutschen Volksgruppenführung dahingehend ausgenutzt, dass sie einige Volksdeutsche wegen ihrer volkstumpfpolitischen Tätigkeit aus Ungarn ausgewiesen habe. - Als der politisch wirksamste Schachzug gegen die deutsche Volksgruppe wird jedoch allgemein die Berufung Ladislaus Pintér, des Leiters des der ungarischen Regierung nahestehenden Ungarlänisch-Deutschen Volksbildungsvereins in das Oberhaus gewertet. Die Volksdeutschen empfinden dies Ernennung als eine beabsichtigte Herausforderung Deutschland, denn die ungarische Stellen wüssten sehr gut, dass Pintér 1936/37 die Hetze gegen das Dritte Reich geführt habe und dass er heute noch die Vernichtung der deutschen Volksgruppe in Ungarn als eine eigentliche Aufgabe ansehe.

Einzelmeldungen.

1. Aus Königsberger Universitätskreisen wird angeregt, die Verpflichtung zum Druck der Dissertation für die Zeit des Krieges aufzuheben. Es wird von dort auf ähnliche Massnahmen, die während des Weltkrieges und in der Inflationszeit getroffen wurden, verwiesen. Ausserdem würde die Aufhebung dieser Verpflichtung der gegenwärtig notwendigen Papiereinsparung entgegenkommen.

2. Aus Chemnitz wird mitgeteilt, dass Auslandsjournalisten aus Belgien, der Schweiz, den baltischen, skandinavischen und südeuropäischen Staaten im Anschluss an die Leipziger Frühjahrsmesse von einer durch die Wirtschaftskammer Sachsen durchgeführten Sachsenfahrt sehr beeindruckt gewesen seien. Von den

teilnehmenden Journalisten wurde geäußert, dass sie seine solche Ruhe und Siegeszuversicht der deutschen Bevölkerung sich keinesfalls vorgestellt hätten.

3. Aus dem Vorarlberger Grenzgebiet wird gemeldet, dass der dort von der Gaufilmstelle dargebotene Aufklärungsfilm „Feind hört mit“ sehr gute Aufnahme fand. Besonders in den Grenzgebieten sei der Hinweis auf die Gefahren des gedankenlosen Redens besonders wesentlich. – Aus Wien wird gemeldet, dass sich die Methode, die Wochenschau und die übrigen Beifilme im Anschluss an den Hauptfilm zu bringen, nicht bewähre, weil Zuschauer, die die Wochenschau schon kennen, das Lichtspieltheater während ihrer Vorführung verlassen und dadurch die anderen Besucher stören.

4. In Künstlerkreisen hat die Rundreise des Präsidenten des Hauses der deutschen Kunst, Prof. Kolb, zum Besuch von Künstlerateliers in allen deutschen Gauen einen sehr nachhaltigen und positiven Eindruck gemacht. Durchweg haben die Künstler in den bisher von der Rundreise berührten Orten (Rheinland, Berlin, Sachsen) diese sorgfältige Vorbereitung der grossen deutschen Kunstausstellung 1940 in München trotz der Kriegslage anerkannt.

5. Aus Kiel wird mitgeteilt, dass es in Bevölkerungskreisen auffalle, dass Zeitungen und Zeitschriften noch Werbeanzeigen über kosmetischen Artikel (z.B. Nivea-Creme oder Nivea-Seife und dergl.) bringen, obwohl diese Artikel im Handel nicht mehr zu bekommen seien.

6. Aus Stettin wird mitgeteilt, dass in der Bevölkerung bemängelt wird, dass über einen am 9. März 1940 auf der Strecke Stettin – Berlin im Schneesturm erfolgten Zusammenstoss zwischen einem Personen- und einem Güterzug, wobei 5 Personen schwer und 20 Personen leicht verletzt wurden, keine Darstellung in der Presse kam.

IV. Verwaltung und Recht.

Zur Anwendung der Amnestie des Führers vom 1.9.1939 auf Polen in den eingegliederten Ostgebieten.

In den Meldungen aus den eingegliederten Ostgebieten kommt wiederholt zum Ausdruck, dass bei den Gerichten und Staatsanwaltschaft noch immer Unklarheit über die Anwendungen der Amnestie auf Polen herrscht. Von Seiten der Gerichte werde dabei die Auffassung vertreten, dass für Straftaten der Polen weder die Amnestie des Führers noch die zu Kriegsbeginn von polnischer Seite erlassenen Amnestie Anwendung finden dürfe, während die Staatsanwaltschaft nach den Meldungen die gegenteilige Auffassung vertreten. Zur Beseitigung der Unklarheiten werde eine möglichst baldige Klarstellung dieser Frage von zentraler Stelle gewünscht.

Zur Frage der strafrechtlichen Ahndung polnischer Propaganda in Ostoberschlesien.

Nach einem Bericht aus Oberschlesien machen sich seit einiger Zeit mehrfach Einzelfälle von Polenpropaganda polnischer gesinnter Personen in den dem Regierungsbezirk Oppeln neu angegliederten Gebieten bemerkbar. In dortigen Rechtswahre Kreisen beschäftigt man sich daher lebhaft mit der Frage der

nachhaltigen strafrechtlichen Bekämpfung der polnischen Propaganda in diesen Gebietsteilen nach dem Urteil der Praxis würden die vorhandenen Strafbestimmungen nicht immer ausreichen, um eine gerichtliche Bestrafung durchzusetzen; beispielsweise werde man Äusserungen wie: „Noch ist Polen nicht verloren“ und dergl. Mehr, die für die gegenwärtig Propaganda typisch seien, in der Regel kaum unter das Heimtückengesetz bringen können, weil sie weder unwahre Behauptungen tatsächlicher Art noch gehässige Äusserungen gegen Einrichtungen des Staats im Sinne der §§ 1 und 2 des Heimtückegesetzes darstellten. Der § 134 a StGB. – Beschimpfungen des Reiches – werde auch oft versagen, weil die in Frage kommende Äusserungen in den meisten Fällen nicht der Öffentlichkeit gefallen seien. Für das Gebiet der wiedereingegliederten Ostbezirke bestehe allerdings eine Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung Kattowitz vom 3.10.1939, die jede Art deutschlandfeindlicher Äusserungen mit harten Strafen bedrohe. Die Verordnung, von der in der Praxis angenommen werde, dass sie auch nach Beendigung des Auftrages des Chefs der Zivilverwaltung weitergelte, genüge aber nur für Ostoberschlesien (Regierungsbezirk Kattowitz), dagegen nicht im Altreich. Wohin sich die Verordnungsbefugnis des V.d.Z. nicht erstrecke. Nach der in Rechtswahrekreisen herrschenden Auffassung werde daher in vielen Fällen dieser Art übrig bleiben, die Täter wegen groben Unfugs zur Rechenschaft zu ziehen; diese Ergebnis sei aber nach Ansicht der Praxis unbefriedigend.

Erwünscht wäre daher ein der Verordnung des V.d.Z. vom 3.10.1939 entsprechende Anordnung, die schlechthin jede polenfreundliche Äusserung unter schwere Strafe stelle und ein nachdrücklich gerichtliches Einschreiten ermögliche.

Zur Beschaffung von Auslandsreisegenehmigungen.

In Kreisen der Geschäftsleute, die auf Grund ihrer geschäftlichen Tätigkeit in das Ausland reisen müssen, wird nach eingegangenen Meldung über erhebliche Schwierigkeiten geklagt, die bei der Verschaffung der für eine Auslandsreise notwendigen Unterlagen entstehen würden.

Der auslandreisend habe sich nach Beschaffung eines gültigen Reisepasses zunächst an das Wehrbezirkskommando zu wenden, um dort um Genehmigung bzw. um die Beurlaubung nachzusuchen. Dann müsse er sich zu Industrie- und Handelskammer begeben, deren Aufgabe es sei, festzustellen, ob die Auslandsreise unbedingt erforderlich ist. Bevor die Industrie- und Handelskammer ihr Urteil hierüber abgebe, muss sie sich zuvor mit der Kreisleitung der NSDAP. in Verbindung setzen. Mit den Unterlagen der Industrie- und Handelskammer begeben sich der Antragsteller zu Polizeiverwaltung, die sich ihrerseits mit der Gemeinde Staatspolizei in Verbindung setzt. Nachdem von dort die Unterlagen an die Polizeiverwaltung zurückgegangen seien, werde dann schliesslich der Ein- bzw. Ausreisesehtvermerk erteilt.

In Geschäftskreisen werde dieser umständliche und zeitraubende Weg als untragbar angesehen. Der verantwortungsbewusste Geschäftsmann, der versuche, devisenbringende Auslandsgeschäfte abzuschliessen, sei bei dem vorgeschilderten erfahren nicht in der Lage, seine Reisedispositionen zu treffen, insbesondere könne er seinen ausländischen Geschäftsfreunden sein Ankommen nicht bekannt geben, wodurch u.U. der Erfolg der Reise überhaupt in Frage gestellt werde. Ausserdem

müsse bei diesem langwierigen Verfahren die Möglichkeit des Ungültigwerdens des Visums in Betracht gezogen werden.

Luftschutzmassnahmen im Regierungsbezirk Kattowitz.

Der Regierungsbezirk Kattowitz wurde kürzlich zum Luftschutzgebiet I. Klasse erklärt und gleichzeitig damit alle Massnahmen in die Wege geleitet, um die Organisation des Luftschutzes im Landreis Kattowitz und in den Stadtkreisen Kattowitz und Königshütte durchführen zu können. Zunächst ist an den Aufbau der Luftschutzreviere und an die Verdunkelung der Beriebe und Wohnung gedacht. Die Strassenbeleuchtung soll dabei so zentralisiert werden, dass sie bei Gefahr sofort beschaltet werden kann, An ein Verdunkelung der Verkehrsmittel ist vorläufig nicht gedacht.

Von zuständigen örtlichen Stellen sei bereits bei der zuständigen Dienststelle in Berlin auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich auf der Einführung der Verdunkelung und insbesondere aus der evtl. geplanten Ausdehnung der Verdunkelung auf die Strassen und Verkehrsmittel für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete ergeben werden, denn es könne keinem Zweifel unterliegen – und Stimme aus der Bevölkerung, die z. T. über die geplante Verdunkelung informiert sei, würden bereits darauf hinweisen – dass die evtl. in Aussicht genommene Strassenverdunkelung im ostoberschlesischen Raum in Hinblick auf die grosse Zahl vorhandener Polen, die nur die Gelegenheit warten würden, wieder einen stillen Kampf gegen das Deutschtum beginnen zu können, zu ernstesten Befürchtungen Anlass geben müsse.

Volksgesundheit.

Aufklärungsarbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung über Gefahren der Geschlechtskrankheiten.

Nach einer Meldung aus Bayreuth führt der Gau Bayerische Ostmark der Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bühne für Volkshygiene Kassel z.Zt. ein Aufklärungsschauspiel „SOS Schiffbruch des Lebens“ vor. Diese Stück, welches die Gefahren der Geschlechtskrankheiten behandelt, sei in den bis jetzt bespielten Orten (Passau, Cham usw.) von der zahlreich erschienen Bevölkerung sehr günstig aufgenommen worden. Es habe vor allem deshalb einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, weil die Gefahren der Geschlechtskrankheiten in einer einwandfreien und ansprechenden Form aufgezeigt worden seien. Aus diesem Grund wurde angeregt, das Stück einen weiten Zuhörerkreis zugänglich zu machen.

V. Wirtschaft.

Klagen der Bevölkerung über die Abgabe von Mangelware.

Aus dem gesamten Reichsgebiet liegen Meldungen vor, die besagen, daß in der Bevölkerung große Missstimmung über die Schwierigkeiten beim Einkauf bezugsscheinfreier Waren besteht. Hierbei handelt es sich vor allem um Nahrungs- und Genussmittel – Gemüse, Obst und Südfrüchte –, die für die tägliche Ernährung genau so wichtig sind, wie die der Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel.

In fast allen Meldungen wird darauf hingewiesen, dass besonders die berufstätigen Frauen, die ihre Einkäufe regelmäßig erst in den Absendstunden tätigen können, darüber Klage führen, dass sie außer den Kartenpflichtigen Lebensmitteln keine andere Ware mehr erhalten können. Auch ein großer Kreis von Hausfrauen, die nicht über genügend Zeit verfügen, um sich zum Teil stundendenlang nach irgendwelchen knappen Waren anzustellen, sei davon betroffen. In den Nachrichten heißt es weiter, dass, obwohl der Einzelhandel vielfach dazu übergegangen sei, zum Zwecke einer gerechten Verteilung von Mangelware die Stammkundschaft gegenüber den Laufkunden bevorzugt zu bedienen, sich immer wieder Unzuträglichkeiten nicht nur mit der Kundschaft, sondern sehr oft auch mit den Aufsichtsbehörden ergeben würden. Während in vielen Fällen auch von amtlichen Stellen der Standpunkt gebilligt werde, knappe Waren in erste Linie der Stammkundschaft zuzuteilen, um damit dem Hamsterunwesen entgegenzutreten, würde andererseits von manchen Dienststellen die Auffassung vertreten, dass die Geschäftsleute jeden nachfragenden Verbraucher die verlangte Ware zu verkaufen hätte. Diese Einstellung gehe davon aus, dass die Geschäftsleute den Begriff „Stammkunde“ sehr oft mit dem sogenannten „besseren oder guten Kunden“, der nach der Höhe seiner Einkäufe bewertet wird, gleichsetzen würden. Dieselben Erscheinungen herrschen – nach Meldungen aus Köln, Duisburg, Mühlheim, Krefeld und Gelsenkirchen – auf den Großmärkten. So heißt es z.B. in einer Meldung aus Köln, dass es nach den Äußerungen von Gemüsehändlern gegenwärtig sehr schwer sei, ohne Schmiergelder Gemüse auf dem Kölner Großmarkt zu erhalten. Für Obst und Südfrüchte (Apfelsine) müssten Überpreise gezahlt werden, die sich je nach Größe des Warenpostens richteten. Außerdem würde von den Einzelhändlern verlangt, dass diese knappe, bzw. bewirtschaftete Lebensmittel, wie Butter, Eier und dergl., den Großhändlern als zusätzliche Gegenleistung für deren Lieferungen anbieten. Die gleichen Erscheinungen sind u.a. auch auf dem Duisburger Großmarkt beobachtet worden, wo die Grohändler z.T. gleichfalls ihre Lieferungen davon abhängig macht, ob die Geschäftsleute Geflügel, Butter oder Seife mitbringen, Teilweise würden die Waren überhaupt nicht auf den Großmarkt gelangen, sondern unter der Hand verschoben werden (Einzelfälle wurden durch Eingreifen der örtlichen zuständigen Stellen erledigt).

Auf Grund dieser Auswirkungen wird von der Verbraucherschaft, vor allem aber von den Kreisen, die infolge ihrer Berufstätigkeit an bestimmte Einkaufszeiten gebunden sind, die Forderung erhoben, auch Gemüse, Obst und andere Mangelware in die Bewirtschaftung einzubeziehen, zumindest in der Form, wie es bei der Abgabe von Wild- Geflügel und Fischen gehandhabt wird, dass nämlich von den Einzelhandelskaufleuten entweder Kundenlisten angelegt oder bestimmte Lebensmittelkarten abgestempelt werden. Mit dieser Regelung, die sowohl aus Verbraucher- wie auch aus Einzelhandelskreisen vorgeschlagen wird, könne einerseits eine gerechte Verteilung durchgeführt und andererseits das unnötige Schlangestehen – wie es neuerdings vielfach wieder bei Abgabe von Süßwaren festgestellt werden musste – unterbunden werden. Einer Meldung aus Dortmund zufolge, sind dort bereits mit der neuen Bezugsperiode sogenannte Stammkarten für den Einkauf bezugscheinfreier Waren ausgegeben.

Zurückhaltung der Presse hinsichtlich Vitamin C-Aktion.

Die Ankündigung in der Presse, dass in den nächsten Monaten den Schulkindern Vitamin C-Tabletten zum Ausgleich für den Mangel an natürlichen Vitaminen in der gewöhnlichen Kost während der Frühjahrsmonate gereicht werden sollen, hat den Meldungen zufolge unliebsame Auswirkungen gehabt. Auch ein Teil der Erwachsenen sei dadurch angeregt worden, zum Schutz gegen Grippegefahr, zur Bekämpfung der Frühjahrsmüdigkeit usw. Vitamin C-Tabletten zu verbrauchen. Die Apotheken, in denen die Tabletten frei verkäuflich sind, seien aber nicht mehr in der Lage, die verkauften Mengen wieder zu beschaffen, sodaß mit einer völligen Verknappung dieses Heilmittels gerechnet werden muß. Die Ursache für diese Verknappung wird in Fachkreisen in der unzureichenden Erzeugung des Vitamin C gesehen. Vitamin C wird in einer komplizierten Synthese entweder aus Zucker oder aus Stärkeerzeugnissen gewonnen. Die Einrichtungen für die Erzeugung seien bei den Herstellern groß genug, jedoch seien einige der für die Synthese notwendigen Hilfsstoffe äußerst knapp. Zu den knappen Hilfsstoffen, die zur Vitamin-C-Synthese gebraucht werden, zählten in erster Linie Aceton und Permanganat. Es wird deshalb angeregt, dass die Presse sich in ihren weiteren Mitteilungen Zurückhaltung auferlegt.

Anhaltender Kleidermangel.

Zu dem an verschiedenen Orten früher festgestellten Sammeln von Kupfermünzen auf Grund irgendwelcher zum Teil ganz unsinnigen Gerüchte wird weiterhin gemeldet, dass sich hartnäckig das Gerücht in gewissen Gegenden erhalte, dass die Soldaten für eine bestimmte Menge von Kupfermünzen zusätzlichen Urlaub erhalten würden. In der Gegend von Kitzingen in Bayern heißt es neuerdings, dass man für Kupfermünzen einen Volksempfänger oder gar einen Volkswagen erhalten könne, und zwar seien die 1-Pfennigstücke mit der Jahreszahl 1876 besonders wertvoll, weil damals dem Kupfer Gold beigemischt sei.

Im Zusammenhang damit wird aus Kitzingen gemeldet, dass die Bevölkerung zum Teil auch 2- und 5-Markstücke zurückhalte. Die Einziehung der Nickelmünzen zu 1 Reichsmark ist insofern auf Schwierigkeiten gestoßen, als nach Meldungen aus vielen Teilen des Reiches diese 1-Markstücke unverändert im Verkehr sind. Die allgemeine Annahme der Münzen wird mit der Unhandlichkeit der Scheine zu 1- und 2-Markstücke bei den Banken das Entstehen des Gerüchts, die Münzen seien bis zum 31.5.40 allgemein gültig, begünstigt und zu den oben geschilderten Verhältnissen (allgemeiner Umlauf der 1-Markstücke) geführt.

Es wird angeregt, die Bevölkerung in einer entsprechenden Form (Rundfunk, Kurzfilm) auf das falsche und wirtschaftsschädigende Verhalten besonders beim Einhalten der Kleingeldmünzen hinzuweisen.

Einzelmeldungen.

1. Es wurde bereits berichtet, dass sich die Erz- und Kohlentransport dadurch verzögern, dass die Erz- und Kohlsyndikate sich weigern, die Anordnungen bezüglich der Schiffsmakler durchzuführen. Wie hierzu aus Schifffahrtskreisen erneut gemeldet wird, liegen zzt. die Dampfer „Ingrid Traber“ und „Adele Traber“, die Kohle nach Stockholm bringen sollen, fest, da sowohl die Ostdeutsche Kohlenvertriebs

G.m.b.H. als auch das Verkaufsbüro Oberschlesischer Staatsgruben sich weigern, die Verordnung anzuerkennen. Dringend notwendige Kohlenexporte könnten dadurch nicht ausgeführt werden.

2.) Aus dem oberschlesischen und Karwiner Kohlengbiet, das hauptsächlich die Ostmark mit Kohle versorgt, wird gemeldet, dass nach wie vor ein großer Mangel an Waggons für Grubenholz und Kohle – oft werden nur 10 % des benötigten Bedarfes gestellt – besteht. Es wird von den betroffenen Wirtschaftskreisen nicht verstanden, dass die andererseits überreichlich zur Verfügung stehenden BMB-Waggons (Böhmisch-Mährische Bahn) nicht verwendet werden dürfen. So vertritt, wie es in den Meldungen weiter heißt, die Reichsbahndirektion Oppeln den Standpunkt, dass jede Benutzung von BMB-Wagen widerrechtlich sei und künftighin durch Strafen (60 RM je Wagen) geahndet werden würden, da die Reichsbahn für die Benutzung Wagenmiete zahlen müsse.

3.) Im Zusammenhang mit einer früheren Meldung über die Schwierigkeiten in der Textil- und Lederwarenversorgung der ehemaligen Grenzgebiete des Ostens wird aus Schneidemühl gemeldet, dass dortige Wirtschaftskreise wie auch ein Teil der Bevölkerung die Anordnung des Oberbürgermeisters, wonach die von den Wirtschaftsämtern in Kolmar und Scharnikau (Warthegau) ausgegebenen Bezugsscheine für Spinnstoffe und Lederwaren auch für den Einkauf im Stadtkreis Schneidemühl gültig seien, nicht verstehen. Es wird betont, dass Schneidemühl selbst seit längerer Zeit fast ausverkauft sei und Nachlieferungen nur äußerst spärlich erfolgten. Bisher sei es auch keiner Stelle gelungen, Sonderkontingente für Schneidemühl zu erhalten.

Anlange.

Meldungen über zunehmende Schwierigkeiten im Wohnungswesen.

Im Hinblick auf die allgemein herrschende Wohnungsnot, auf die in verschiedenen Berichten bereits eingehend hingewiesen wurde, werden sowohl von der Bauunternehmerschaft wie von der Bevölkerung die im Rahmen der Kriegswirtschaft auf dem Sektor der Bauwirtschaft herausgekommenen Baubeschränkungen bedauert. Es wird vor allem dann nicht verstanden, dass ein Bau nicht weitergeführt werden darf, wenn sowohl die Materialien angefahren als auch die Arbeitskräfte vorhanden sind, und der Bau dazu noch nach Beginn des Krieges genehmigt wurde. Nach vorliegenden Meldungen wird befürchtet, dass das Baugewerbe und das mit ihm zusammenhängende Handwerk nach Fertigstellung der bereits begonnenen und für die Weiterführung genehmigten Bauten in Not geraten werde. Es wird darauf hingewiesen, dass das kleine und mittlere Bauhandwerk für den sozialen Wohnungsbau unerlässlich sei, und vorausgesehen, dass die Bauunternehmungen, die eine längere Bausperre nicht überstehe würden, nach Beendigung des Krieges dann nicht in der Lage seien, den notwendigen erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.

Von der Bevölkerung werde das Abdrosseln des Wohnungsbaues umso mehr bedauert, als auf der anderen Seite der Wohnungsmangel durch die vielen Kriegstraunungen noch weiter gestiegen sei und Formen angenommen habe, die – nach Meldungen aus allen Gebieten des Reiches – eine einheitliche Regelung des privaten Wohnungsmarktes notwendig erscheinen lassen. – Die bisher von en

einzelnen Städten ergriffenen Maßnahmen werden als uneinheitlich und zum Teil wenig erfolgversprechend angesehen. Es wird daher immer wieder angeregt, reichseinheitliche Richtlinien für die Regelung des Wohnungsmarktes festzulegen, um vor allem eine möglichst gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraums zu erreichen. Inwieweit sich der Wohnungsmangel bereits heute auszuwirken beginnt, soll durch einige Einzelmeldungen aufgezeigt werden:

Aus Cuxhaven wird gemeldet, daß Ehen wegen der Aussichtslosigkeit, eine Wohnung zu bekommen, verschoben wurden. Außerdem seien in zahlreichen Fällen nachweisbare gesundheitliche Schädigungen wegen dauernden Aufenthaltes in feuchten Notunterkünften und schlechten Quartieren auf[...]unleserlich]. Bisher sei es noch möglich gewesen, die Wohnungssuchenden und die Bewohner von Notquartieren mit der Aussicht auf Besserung der Wohnverhältnisse zu trösten. Durch die Abstopfung der gesamten privaten Bauvorhaben sei aber jetzt eine Beruhigung der Betroffenen sehr erschwert. Bayreuth meldet von zunehmenden Reibereien zwischen Betriebsführungen und Belegschaften, die dadurch entstünden, dass die Arbeiter ihre Familien bei sich haben wollten und, wenn es ihnen nicht gelänge, eine Wohnung zu finden, da Bestreben hätten, zu ihren Familien zurückzukehren. Aus der Ostmark wird gemeldet, dass die Wohnungsverhältnisse weiterhin größere Schwierigkeiten bereiten. Von den seit dem Anschluß nach dort versetzten verheirateten Beamten habe der größte Teil noch keine Wohnung gefunden und lebe immer noch getrennt von den Familien. Von den in der letzten Zeit neu zugezogenen Beamten und Angestellten müsse ein Teil sogar im Gasthaus wohnen, da auch ein Unterkommen in Privatzimmern immer aussichtsloser würde. Nur der Kriegszustand würde heute noch die Bestrebungen dieser Beamten nach einer Versetzung zurückdämmen.

Einige weitere Meldungen befassen sich mit den Auswirkungen der Maßnahmen von seiten der örtlichen Behörden zur Behebung der Wohnungsnot, die jedoch zur Lösung dieses Problems nach Ansicht von Fachleuten wenig geeignet erscheinen und die Anregungen nach reichseinheitlichen Richtlinien nur erhärten. So wird aus Nürnberg gemeldet, dass man dort alten alleinstehenden Leuten eröffnet habe, sie hätten entweder die Aufnahme in einem Altersheim nachzusuchen, anderenfalls müssten sie mit dem teilweisen oder ganzen Entzug der Wohlfahrtsunterstützung rechnen. Nach einer Meldung aus Stuttgart sollen bei Frauen im Felde stehender Soldaten in einzelnen Städten Besorgnisse herrschen über gewisse Maßnahmen der Wohnungsämter, die darauf hinausgehen sollen, die infolge vorübergehenden Aufenthaltes der Frau bei Angehörigen (zum Teil um Heizung zu sparen) – zeitweilig unbenutzten Wohnungen anderen Familien mit mehr Kindern zuweisen zu wollen.